

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir, die deutschen Auslandskorrespondenten in China, möchten uns für Ihre Unterstützung bei den letzten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen im Juni 2011 bedanken.

Leider haben sich die Arbeitsbedingungen ausländischer Journalisten in China seither nicht verbessert. Im Gegenteil: Zum ersten Mal seit vierzehn Jahren musste eine Journalistin das Land verlassen. Die Arbeitserlaubnis unserer amerikanischen Kollegin Melissa Chan - die Korrespondentin des Senders Al Jazeera - wurde nicht verlängert. Damit haben die Einschüchterungen und Restriktionen einen neuen Höhepunkt erreicht.

Polizei und Staatssicherheit behindern unverändert unsere Arbeit und drohen unverhohlen damit, unsere Visa nicht zu verlängern, wenn wir über „sensible“ Themen berichten.

Gesprächspartner werden weggesperrt oder unter Druck gesetzt, nicht mit uns zu reden.

Unsere chinesischen Mitarbeiter werden von der Staatssicherheit aufgefordert, uns auszuspionieren. Sie werden davor gewarnt, sich mit kritischen Themen zu beschäftigen. Bei Recherchen vor Ort werden sie besonders bedroht - in Einzelfällen kommt es sogar zu Gewalttätigkeiten.

Viele Regionen sind für ausländische Journalisten gesperrt. Dazu zählen nicht nur Tibet, sondern immer wieder auch von Tibetern besiedelte Gebiete in den Provinzen Sichuan, Gansu und Qinghai sowie Teile der Autonomen Region Xinjiang, wo die Minderheit der Uiguren lebt. Von dort können wir oft nur unter erheblichem Risiko für unsere Mitarbeiter und Gesprächspartner berichten.

In einer Umfrage des Clubs ausländischer Korrespondenten in China (FCCC) erklärten 98% der Befragten, dass internationale Standards für Berichterstattung nicht gewahrt sind. Ein Viertel klagte über Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Visumvergabe.

Das chinesische Außenministerium hielt einen Kollegen von SPIEGEL-Online fast ein Jahr lang hin und verweigerte ihm damit de facto die Akkreditierung.

Die vor Olympia 2008 in Peking eingeführten Regeln, wonach nur noch die Zustimmung des Interviewten notwendig ist, werden seit Anfang 2011 von der Polizei in heiklen Fällen restriktiv interpretiert. Berichterstattung ist dann plötzlich nur erlaubt, wenn Genehmigungen von Behörden vorliegen.

Das Außenministerium beteuert, es habe sich nichts geändert, aber in der Praxis sind Journalisten der Willkür der Sicherheitsbehörden ausgeliefert. Die Verunsicherung dient aus unserer Sicht der Einschüchterung.

Diplomaten der chinesischen Botschaft in Deutschland fordern Vorgesetzte in Heimatredaktionen auf, Einfluss auf ihre Korrespondenten zu nehmen und für weniger „kritische“ Berichterstattung zu sorgen. Langjährige deutsche Korrespondenten, die seit den 90er Jahren in Peking arbeiten, sehen eine Verschlechterung der Lage selbst im Vergleich zu damaligen Bedingungen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, im Interesse einer guten und fairen Berichterstattung über China halten wir es für notwendig, diese Probleme auf höchster Ebene anzusprechen.

Wir fordern lediglich Arbeitsbedingungen, wie sie für chinesische Journalisten in Deutschland selbstverständlich sind.

Daher bitten wir Sie erneut um Ihre Unterstützung.

Hochachtungsvoll

Christine Adelhardt, ARD Fernsehen

Nicola Albrecht, ZDF

Silke Ballweg, Deutschlandfunk

Bernhard Bartsch, Frankfurter Rundschau

Johnny Erling, Die WELT

Ruth Fend, Financial Times Deutschland

Christian Geinitz, Frankfurter Allgemeine

Marcel Grzanna, Aachener Zeitung

Johannes Hano, ZDF

Hanno Kautz, BILD

Ruth Kirchner, ARD Radio, Peking

Angela Köckritz, DIE ZEIT

Petra Kolonko, Frankfurter Allgemeine

Andreas Landwehr, DPA

Felix Lee, TAZ

Andreas Lorenz, DER SPIEGEL

Finn Mayer-Kuckuk, Handelsblatt

Ariane Reimers, ARD Fernsehen

Markus Rimmele, ARD Radio Shanghai

Pia Schroers, RTL

Mark Siemons, Frankfurter Allgemeine

Frank Sieren, Handelsblatt

Benedikt Voigt, Tagesspiegel

Janis Vougioukas, Stern

Wieland Wagner, DER SPIEGEL

Als Beispiele für erschwerte Arbeitsbedingungen in China fügen wir an:

1. Erfahrungsberichte
2. Auszug aus der Umfrage des FCCC (Foreign Correspondents Club of China)

1. Erfahrungsberichte

Behinderung und Bedrohung bei der Berichterstattung

- Bei einem Bericht über die Wahlen zum Lokalparlament in Peking wurde der Wohnkomplex, in dem eine Interviewpartnerin lebte, von der Polizei abgeriegelt. Der Frau wurde verboten, Interviews zu geben. Vor Ort waren auch Polizisten der für ausländische Journalisten zuständigen Passbehörde. Bei der Kontrolle der Presseausweise drohte einer dem ARD Team: „Wir sehen uns wieder. Am Ende des Jahres, wenn Sie ihr Visum verlängern müssen.“ Die chinesische Mitarbeiterin der ARD wurde von einem Mann, offenbar ein Zivilbeamter, bedroht. Der Mann drängte das Team zum Auto ab. Die anwesende Polizei filmte den Übergriff, ohne einzugreifen.

- Bei der Berichterstattung über den Bürgerrechtler Chen Guangchen wurden Journalisten mehrfach von den Sicherheitskräften rund um Chens Dorf gewaltsam vertrieben. Zivilbeamte verfolgten sie über Stunden. Einige wurden gefangen gehalten und verprügelt.

- Bei der Berichterstattung über die Gerichtsanhörung von Ai Wei Wei wurden Journalisten von der Polizei vor dem Gerichtsgebäude verjagt. Aufnahmen und Interviews wurden dort verboten, obwohl es sich um einen öffentlichen Platz handelt. Ein für ausländische Journalisten zuständiger Polizist der Passbehörde drohte den Korrespondentinnen der ARD: "Wenn Sie hier nicht verschwinden, werde ich ihre Pressekarten konfiszieren." (Anm.: Ohne Pressekarte dürfen Korrespondenten in China nicht arbeiten.)

Bedrohung durch Polizei und Beamte des Außenministeriums nach Berichterstattung

- Nach einer Enthüllungsgeschichte über parteiinterne Dokumente wurden die Autoren ins

Außenministerium bestellt. Dort wurde ihnen gedroht, dass die „Verwendung von illegalen Quellen strafrechtliche Konsequenzen“ haben könne. Es fiel der Satz: „Sie haben doch Frau und Kind. Auf deren Sicherheit sollten sie achten.“

- Nach einem Bericht über den suspendierten Politiker Bo Xilai hatte der Autor einen Termin beim Steueramt. Dort wurde ihm gedroht: „Sie gehören doch auch zu den Journalisten, die immer über Bo Xilai und solche Fälle schreiben. Das ist aus unserer Sicht keine gute Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.“ Die Gefahr: Wie bei Ai Wei Wei könnte auch bei ausländischen Journalisten das Thema Steuern als Vorwand genommen werden, um Druck auszuüben. Das Problem: Beim Steuersystem gibt es viele Unklarheiten, die im Zweifelsfall gegen die Betroffenen verwandt werden können.

Verweigerung von Visa und Einschüchterungen bei der Visumvergabe

- Im Mai 2011 beantragte der SPIEGEL eine Akkreditierung für SPIEGEL-Online. Bis März 2012 wurde der SPIEGEL hingehalten. Nach mehrmaligem Nachfragen teilte das chinesische Außenministerium mit, der Journalist müsse sich „ausführlich vorstellen“, es sei „nicht klar, ob er über China ausgewogen berichten“ werde. Dabei handelte es sich um einen Kollegen, der jahrelang für den SPIEGEL aus China berichtet hatte und den Behörden bestens bekannt war. Bemerkenswert: Die chinesische Seite argumentierte nicht formal (etwa: „Wir akkreditieren keine Online Journalisten.“ oder „Zwei Spiegel Korrespondenten sind genug.“), sondern klar inhaltlich, mit Zweifeln an der Ausgewogenheit. Damit maß sich das Pekinger Außenministerium an, in Personalentscheidungen ausländischer Medien einzugreifen.

- Im Mai 2012 beantragte das ARD Radiostudio Shanghai ein Visum für einen Mitarbeiter, der im Sommer den Korrespondenten zum wiederholten Male vertreten sollte. Der zuständige Bearbeiter im Außenministerium forderte daraufhin die Zusendung der Beiträge, die der Kollege bei der letzten Urlaubsvertretung gemacht hatte.

- Beim Wechsel der Korrespondenten der FAZ gab es wegen zeitlicher Überschneidungen Akkreditierungsprobleme. Der Korrespondent beschwerte sich daraufhin beim Außenministerium. Dort wurde ihm gesagt: "Denken Sie über Ihre letzten Artikel noch einmal nach."

- Die FAZ Korrespondentin musste einen neuen Pass fuer ihren Sohn beantragen und daher das Visum übertragen lassen. Bei dieser Gelegenheit wurde sie von zwei uniformierten Beamten über ihre Arbeit verhört und eingeschüchtert. "Wenn Sie sich an die Regeln halten, können Sie hier gut arbeiten und ein ruhiges Leben führen." Erst danach wurde der Visumantrag fuer den Sohn bearbeitet.

Einflussnahme und Einschüchterung von Heimatraedaktionen

- Nach einem Bericht über Selbstverbrennungen in Tibet forderte die chinesische Botschaft in Berlin den Vorgesetzten der ARD Korrespondentin auf, er möge Einfluss nehmen auf die Berichterstatlerin. „Sie hat keine Gesetze gebrochen, aber die Lage ist ernst.“ Er solle die Korrespondentin wegen der „unangemessenen“ Berichterstattung „ermahnen“.

- Als Konsequenz der China-Berichterstattung von RTL hat die chinesische Botschaft Berlin versucht, auf den Chefredakteur der RTL Nachrichten Druck auszuüben. Der Chefredakteur wurde in die Botschaft gebeten. Aus Zeitgründen wurde das Gespräch am Telefon geführt. RTL wurde vorgeworfen,

sich aufgrund fehlender Drehgenehmigung nicht an geltendes Recht gehalten zu haben. Hintergrund waren Aufnahmen auf einem öffentlichem Platz in Peking zum Thema "Untergrundkirchen". Der chinesische Assistent von RTL wurde dabei von chinesischen Sicherheitskräften geschlagen. Nach den Regeln der chinesischen Regierung für ausländische Korrespondenten müssen Aufnahmen auf öffentlichen Plätzen nicht genehmigt werden.

2. Auszug aus der Umfrage des FCCC (Foreign Correspondents Club of China)

- 36 Journalisten hatten Schwierigkeiten bei der Visumvergabe

- drei Reporter gaben an, die Behörde habe die Visumvergabe für ihre Kinder als Druckmittel benutzt

"When renewing my visa, the officer told me that, as a financial journalist, I had nothing to do in the petitioner's village. He harassed me with strange questions and humiliating remarks for half an hour, while stressing that he was not 'threatening' me. He referred to guidelines he was holding in his hand but declined to show them to me." (European Journalist)

- 98 Fälle von Behinderung der journalistischen Arbeit

- darunter fünf Fälle von Gewaltanwendung

"When my colleague and I went to Shaanxi province to report last August, we were visited by local public security authorities (no uniform, did not show ID) in our hotel rooms at midnight. They wanted to check our IDs. Also the local authorities in Yulin city tried to block us from meeting a woman who had already agreed to be interviewed. (U.S. Broadcaster)

- 37 Fälle, bei denen Interviewpartner bedroht wurden

- 37 % der Befragten gaben an, ihre chinesischen Mitarbeiter werden bedroht

"Public security officers called the parents of my Chinese producer and told them that she is involved in anti-Chinese activities and that this could have grave consequences for her future. Public security officers also called my assistant and demanded addresses and phone numbers of some of the sources, interviewees and local drivers we used for a story on rare earth. (We refused to hand them over.) She was warned to watch what she puts on Facebook. She was told: Although you work for a foreign company you are still a Chinese citizen.'" (European Broadcaster)